

# „ Good Governance“

Erste Schritte zu einer konstruktiven Weltinnenpolitik

von Helmut Volger

**A**ls zu Beginn der neunziger Jahre die Serie der UN-Weltkonferenzen unter anderem zum Schutz der Umwelt, zum Schutz der Menschenrechte, zur Bevölkerungspolitik oder zur Armutsbekämpfung begann, wurden mit ihnen große Hoffnungen verbunden. Das Problembewusstsein in der öffentlichen Meinung und bei den Politikern der Mitgliedstaaten der Weltorganisation war durch eine effektive Informationsarbeit der UN-Programme und durch die intensive Öffentlichkeitsarbeit von Nichtregierungsorganisationen (NGOs) in einem solchen Maße gefördert worden, dass die Konferenzen ein großes Medienecho fanden und von vielen hochrangigen Politikern besucht wurden.

Aufrüttelnde Schlussdokumente wurden im Konsens verabschiedet, die die Probleme deutlich beim Namen nannten und mögliche Problemlösungen aufzeigten. Sie enthielten ein Bekenntnis der Konferenzteilnehmer zu grundlegenden Werten sowie die feste Absicht, die Umsetzung der dort gefassten Beschlüsse in regelmäßigen Abständen auf Folgekonferenzen zu überprüfen. Ein Fortschritt für die

Weltgemeinschaft, wie es schien, ein gangbarer Weg zur schrittweisen Lösung der globalen Probleme. War diese optimistische Sichtweise berechtigt? Was ist aus der Umsetzung der Beschlüsse der Weltkonferenzen geworden? Sind Weltkonferenzen und ihre Ergebnisse „Bausteine“ für die Förderung von „global governance“, jener staatenübergreifenden Regelungs- und Gestaltungsfähigkeit der Weltgemeinschaft also, in deren komplexen Interaktionsnetzwerken neben den Regierungen auch in zunehmender Weise Unternehmen und NGOs mitwirken?

Der von Thomas *Fues* und Brigitte *Hamm* herausgegebene Sammelband versucht auf diese Fragen Antworten zu geben. Dirk *Messner* macht in seinem Grundsatzebeitrag deutlich, dass sich die heutigen

Prozesse der Globalisierung der Produktion von Gütern und Dienstleistungen, der finanziellen Transaktionen und der Kommunikation im Vergleich zu früheren Globalisierungsprozessen erheblich schneller und umfassender vollziehen. Für ihn hat dies weit reichende Folgen für öffentliche Güter wie Beschäftigung, Wohlstand, soziale Sicherheit, Bildung, Gesundheit oder eine intakte Umwelt. Es



Gibt es eine Architektur der internationalen Politik?

handele sich um ökonomische, soziale, politische und kulturelle Prozesse, „die vor nationalen Grenzen nicht halt machen und von Nationalstaaten im Alleingang nur noch begrenzt gesteuert und gestaltet werden können“ (S. 15). Weil die globalen Wirkungsketten nicht nur ökonomische Innovation und technologischen Wandel fördern, sondern auch zu erheblichen globalen Risiken und Instabilitäten führen, die die soziale und politische Destabilisierung ganzer Regionen zur Folge haben können, bestehe die Notwendigkeit, eine Politik der „global governance“ zu entwickeln. Die Leistung der Weltkonferenzen und ihrer Folgekonferenzen liegt für *Messner* darin, dass sie die Wirkungen der Globalisierung thematisiert und Impulse geliefert haben für eine neu zu strukturierende Weltpolitik mit einer Vielfalt von Akteuren, die die Entstehung einer globalen Zivilgesellschaft begünstigen.

Dabei wiesen die Weltkonferenzen der neunziger Jahre einen gravierenden Mangel auf, der erst in der Folgezeit abgemildert werden konnte: Wegen des Widerstands der Industrieländer des „Nordens“ konnten die „harten“ Themen – Welthandelssystem, Weltfinanzordnung, Militär- und Sicherheitspolitik – nicht in die Diskussionen einbezogen werden, obwohl sie von ihrer Sachlogik her eng mit den Themen der Konferenzen verknüpft gewesen seien. Erst in den letzten Jahren habe auch in den internationalen Handels- und Finanzorganisationen die Debatte um die Erkenntnisse der Weltkonferenzen begonnen. Allerdings wird die erforder-

liche Kooperation im Bereich des Welthandelssystems gefährdet durch die zurzeit starken Tendenzen zur supranationalen Regionalisierung in Latein- und Nordamerika einerseits und im asiatisch-pazifischen Raum andererseits, wie der Beitrag von Heribert *Dieter* verdeutlicht.

Für den Bereich der Militär- und Sicherheitspolitik steht die Diskussion über weltweite Kooperationsstrukturen noch weitgehend aus, worauf Christoph *Rohloff* zu Recht in seinem Beitrag über „global governance“ auf dem Gebiet der Friedens- und Sicherheitspolitik hinweist. Zwar habe sich in der Praxis eine sinnvolle Ausweitung des Sicherheitsbegriffs auf wirtschaftliche Stabilität, Schutz der Menschenrechte und Einhaltung demokratischer Regeln vollzogen, es fehlten aber globale kooperative Sicherheitsstrukturen. *Rohloff* fordert deshalb, die Funktionslogik der „gemeinsamen Sicherheit“ aus dem KSZE-Prozess auf das Nord-Süd-Verhältnis zu übertragen.

Welche Zukunftsaussichten hat das Projekt der „global governance“? *Messner* erörtert drei Szenarien: das Eigeninteresse der Nationalstaaten verhindert gemeinsame Problemlösungen; die Eigendynamik globaler Normenbildung und die damit einhergehende Senkung der „Transaktionskosten“ der Staaten begünstigen die Institutionalisierung von „global governance“; das Ausmaß des Wandels bewirkt Prozesse komplexen Lernens und einen weit reichenden Wandel der Formen internationaler Zusammenarbeit. Der Autor tendiert zum zweiten und dritten Szenario, al-

lerdings bei dem letzten mit einem langen Zeithorizont: Die Weltkonferenzen hätten zwar das Problembewusstsein geändert, der Wandel zu mehr gemeinsamem Handeln vollziehe sich jedoch sehr langsam, weil sich die Wissens- und Deutungsmuster in Bezug auf die globalen Probleme nur langsam veränderten.

Dieses Spannungsverhältnis zwischen gemeinsamen Erkenntnissen und der Festlegung auf gemeinsame Werte einerseits und der langsamen Umsetzung in die Praxis andererseits verdeutlichen exemplarisch die Beiträge über die Umsetzung der Beschlüsse von drei der wichtigsten Weltkonferenzen der neunziger Jahre: Petra *Stephan* befasst sich mit der Kommission für nachhaltige Entwicklung im Folgeprozess nach der Weltumweltkonferenz in Rio 1992, Thomas *Fues* mit dem Kopenhagen-Prozess nach dem Weltsozialgipfel 1995 in Kopenhagen, Birgit *Dederichs-Bain* mit dem Folgeprozess nach der Weltfrauenkonferenz in Peking 1995. Als positiv wird in allen drei Fällen neben einem allmählichen Wandel der völkerrechtlichen Normen in Richtung auf die in den Konferenzen postulierten Ziele vor allem die intensive Mitwirkung der NGOs an den Folgeprozessen angesehen.

Demgegenüber wird die überaus langsame Umsetzung der Konferenzbeschlüsse konstatiert, die vor allem auf mangelndem politischen Willen und die schlechte Ausstattung von internationalen und nationalen Gremien und Programmen mit finanziellen Mitteln zurückzuführen sei. Es habe sich gezeigt, dass eine Ergänzung

der internationalen Gremien durch aktive nationale Institutionen als Diskussionsforen für die unterschiedlichen gesellschaftlichen Kräfte unerlässlich sei, um die Erkenntnisse der Weltkonferenzen und ihrer Folgeprozesse in der Bevölkerung stärker zu verbreiten und um für ihre Umsetzung in nationale Politik mehr Unterstützung zu gewinnen.

Vier weitere Beiträge widmen sich den Auswirkungen der Konferenzen auf die Politik einzelner Staaten bzw. Regionen. Sie zeigen, dass die Weltkonferenzen zwar in allen Staaten politische Impulse gesetzt hätten, diese aber in ihren Auswirkungen vom Entwicklungsstand, der politischen Infrastruktur, der Zivilgesellschaft und von nationalen Interessen beeinflusst würden. So macht der Beitrag von Claudio *Maggi* über den Einfluss der Weltkonferenzen auf die Politik der lateinamerikanischen Staaten deutlich, dass trotz des vorhandenen Willens, die Konferenzbeschlüsse umzusetzen, die neu gegründeten öffentlichen Einrichtungen schwach entwickelt sind und dass sie ihre Politik wenig effizient mit den zivilen Akteuren koordinieren.

Andererseits gibt es aber auch eindeutig positive Entwicklungen. Japan etwa – so Ben *Warkentin* in seinem Beitrag – sei ein Beispiel dafür, dass ein Land im wohlverstandenen Eigeninteresse die Ergebnisse der Weltkonferenzen dafür nutzt, einen Wandel in der Entwicklungspolitik, in seinem politischen Apparat und der Öffentlichkeit durchzusetzen. Die Entwicklungszusammenarbeit nach den Kriterien der Weltkonferenzen biete

Japan mehr ökonomischen Nutzen als jede bilaterale Hilfe und entlaste das Land in seiner Außenpolitik zugleich vom Vorwurf eines Interventionismus, weil es sich an den Prioritäten der Organisationen der Vereinten Nationen orientiere.

Jene deutliche Orientierung der japanischen Haushaltspolitik an den Zielvorgaben der Weltkonferenzen fehlt in der deutschen Politik. Dies betonen Thomas Fues und Brigitte Hamm in ihrem Beitrag. Sie weisen nach, dass sich Deutschland bei der Umsetzung der Beschlüsse der Weltkonferenzen schwer tut: Zwar habe man die neuen Leitbilder wie „nachhaltige Entwicklung“ offiziell in die Politik übernommen und durch die Schaffung geeigneter Gremien einen Beratungsprozess mit Wissenschaftlern und NGOs über die nationale Umsetzung begonnen; in der Praxis scheitere die Umsetzung jedoch oft an der Bremsenrolle des Bundesfinanzministeriums und der Haushaltspolitik des Bundestags sowie an der mangelnden Koordination zwischen den Ressorts. Angesichts der zunehmenden Globalisierung vieler Politikfelder, in deren Folge viele Bundesministerien an Weltkonferenzen teilnehmen, stelle sich – so Walter Eberlei in seinem Beitrag über die koordinierende Funktion des Auswärtigen Amtes – die Frage nach einer effizienten Koordination. Das Auswärtige Amt sei damit in seiner bisherigen Struktur überfordert; es besitze nicht die erforderlichen personellen Strukturen, das Know-how und die politischen Kompetenzen. Denkbar wären nach Eberlei zwei Alternativen: das

Auswärtige Amt werde zu Lasten der bisher zuständigen Ressorts zu einem „Superministerium für auswärtige Politik“ ausgebaut, oder es beschränke sich auf die Kernkompetenzen für eine präventive Friedens- und Sicherheitspolitik. Dann müsste das Bundeskanzleramt die Koordinationsrolle übernehmen, die diese Behörde jedoch seit Jahrzehnten nur ungenügend und sporadisch wahrgenommen habe.

Das Buch bietet für die Diskussionen um eine „global governance“ viel Stoff durch seine übersichtlichen Zusammenfassungen der Konferenzergebnisse, Analysen der Umsetzungsprozesse und Prognosen für die weitere Entwicklung. Dabei ist den Autoren zugute zu halten, dass sie sich trotz der vielen Misserfolge und Hindernisse, die sie auf den „Baustellen für Global Governance“ antreffen, engagiert, aber realistisch für eine optimistische Perspektive einsetzen.

Thomas Fues/Brigitte I. Hamm (Hrsg.), Die Weltkonferenzen der 90er Jahre: Baustellen für Global Governance (EINE Welt – Texte der Stiftung Entwicklung und Frieden, Bd. 12), Bonn: J.H.W. Dietz Verlag Nachf. 2001, 391 S., 12,70 EUR.

## Theorie der Internationalen Beziehungen

DIRK NABERS

Walter Carlinaes/Thomas Risse/Beth A. Simmons (Hrsg.), Handbook of International Relations, London/Thousand Oaks/New Delhi: Sage Publications 2002, 571 S., 129,00 EUR.

Den Internationalen Beziehungen (IB) als Teildisziplin der Politikwissenschaft wird oft unterstellt, sie

litten unter einem Theoriedefizit, indem die Suche nach dem Einheitlichen, Ähnlichen und Typischen in der empirischen Vielfalt allzu oft in metatheoretischen Exkursen münde; darüber hinaus sei die Menge der Ansätze kaum überschaubar, alter Wein werde seit Jahren in neue Schläuche gefüllt, und immer neue Etiketten schreckten eher ab, als dass sie zum Studium der IB animierten.

Angesichts dieser Vorurteile erscheint es als waghalsiges Unternehmen, die unterschiedlichsten Theorieansätze der IB in einem einzigen Band zusammenzufassen. Dies geschieht im *Handbook of International Relations* in beeindruckender Weise. Die renommierten Herausgeber Walter *Carlsnaes* von der schwedischen Universität Uppsala, Thomas *Risse* von der Freien Universität Berlin und Beth A. *Simmons* aus Berkeley bringen die bestmögliche Expertise der IB-Forschung aus Europa und Nordamerika zusammen. Sie schaffen es, in 28 Kapiteln einen nahezu erschöpfenden Überblick über die Disziplin zu geben. Und so wird dieses Buch fortan als Standardwerk der Internationalen Beziehungen bezeichnet werden müssen.

Der Band gliedert sich in drei analytisch abgegrenzte Teile, die jeweils einen eigenen Strang des wissenschaftlichen Diskurses in der Disziplin darstellen. Im ersten Teil werden die philosophischen, metatheoretischen und normativen Grundlagen der IB dargestellt. Die in den letzten Jahren das Forum beherrschende Debatte zwischen Rationalismus und Konstruktivismus dient dabei als Leitmotiv.

Im zweiten Teil werden die wichtigen analytischen Anliegen der Disziplin vorgestellt. Nach der Diskussion von Grundbegriffen wie Staat, Souveränität, Macht, internationale Institutionen und Organisationen, Diplomatie und Interdependenz werden hier Ansätze diskutiert, in denen auch Akteure auf der Ebene unterhalb des Nationalstaats sowie feministische und psychologische Aspekte Berücksichtigung finden. Besonders wohlthuend wirkt der Abstand, der durch diese Vorgehensweise zu den großen paradigmatischen Debatten zwischen Realismus, Liberalismus und Institutionalismus gewonnen wird.

Im dritten und umfangreichsten Teil nähert sich das Buch dem empirischen Gegenstand des Faches. So unterschiedliche Probleme der internationalen Beziehungen wie Krieg und Frieden, Sicherheits- und Wirtschaftskooperation, Nationalismus, internationale Finanzströme, Entwicklungszusammenarbeit, Umwelt- und Menschenrechtspolitik sowie die Probleme des modernen Völkerrechts werden hier umfassend analysiert. Natürlich gibt es in einem so breit angelegten Werk Überschneidungen, die sich zum Teil durch überlagernde Diskurse beispielsweise in Sicherheitsstudien und solche über Macht in den IB ergeben. Das Gleiche trifft für die Themenfelder der vergleichenden Regionalforschung und der Rolle internationaler Institutionen für die internationale Politik zu. Dennoch entwickeln sich gerade durch die unterschiedlichen Perspektiven fruchtbare Übereinstimmungen in den theoretischen Ergebnissen.

Es ist schwierig, innerhalb dieses für Studenten der Politikwissenschaft unentbehrlichen Buches einzelne Kapitel hervorzuheben. Für jeden Aspekt konnte einer der führenden Vertreter des Faches gewonnen werden. Durch das gesamte Werk zieht sich – inspiriert durch die Beiträge von James Fearon und Alexander Wendt, Duncan Snidal, Emanuel Adler und Richard K. Herrmann im Einleitungsteil – die Debatte zwischen Rationalisten und Konstruktivisten.

Unter den Autoren – hier seien nur genannt Michael Zürn, Thomas Risse, Hans Peter Schmitz und Harald Müller – nimmt Letzterer in seinem Beitrag über Formen der Sicherheitskooperation am stärksten diese Debatte auf. Der Blick auf die unterschiedlichen Argumente des Realismus, Institutionalismus, Liberalismus, Konstruktivismus und post-moderner Theorieansätze ist indes nur eine Antwort auf die Frage, warum und in welchen Fällen Staaten in der internationalen Politik kooperieren. Jeder, der dieses Buch für seine wissenschaftliche Arbeit zu Rate zieht, wird in dieser Hinsicht erschöpfend informiert.

## Das Europa der Regionen

HENNING SCHRÖDER

Lyndelle D. Fairlie/Alexander Sergounin, *Are Borders Barriers? EU Enlargement and the Russian Region of Kaliningrad*, Helsinki/Berlin/Kauhava: The Finnish Institute of International Affairs/Institut für Europäische Politik 2001 (= Programme on the Northern Dimension of the CFSP, Vol. 10), 190 S. (keine Preisangabe).

Helmut Hubel (Hrsg.), *EU Enlargement and Beyond. The Baltic States and Russia*, Berlin: Berlin Verlag Arno Spitz 2002, 469 S., 60,00 EUR.

Vladimir Bilik u.a. (Hrsg.), *Role of the Carpathian Euroregion in Confronting its Minority Agenda. Sanatorium „Karpaty“ (Ukraine), March 29–31, 2001*, Preov/Uzhgorod: Research Center of the Slovak Foreign Policy Association/Strategies Studies Foundation 2001, 118 S. (keine Preisangabe).

Andreas Heinemann-Grüder (Hrsg.), *Federalism Doomed? European Federalism between Integration and Separation*, New York/Oxford: Berghahn Books 2002, 272 S., 69,95 \$/47,00 £ (Paperback 25,00 \$/17,00 £).

Die Gestaltung europäischer Zukunft ist ein Thema, das Politiker und Wissenschaftler in den letzten Jahren intensiv beschäftigt – und dies schlägt sich auch auf dem Buchmarkt nieder. Sowohl in den Staaten der Europäischen Union selbst wie auch bei den europäischen Nachbarn und in den Vereinigten Staaten ist in jüngster Zeit eine ganze Reihe von Studien erschienen, die die politischen und sozialen Implikationen der EU-Erweiterung erörtern. Vier Bände, die diese Fragen aus ganz unterschiedlichen Perspektiven betrachten, sollen hier vorgestellt werden.

So setzt sich ein russisch-amerikanisches Autorengespann mit den Folgen für die russische Region Kaliningrad auseinander, slowakische, rumänische und polnische Wissenschaftler diskutieren die Rolle der Euroregion Karpaten, Autoren aus Deutschland, den USA, Skandinavien, Russland und den baltischen Staaten analysieren die Zukunft der baltischen Region, und eine Gruppe angelsächsischer und deutscher Forscher betrachtet den europäischen Föderalis-



mus in der Spannung zwischen Integration und Renationalisierung. Gemeinsam ist allen Bänden, dass sie mit dem Blick nach vorn Aspekte der EU-Erweiterung thematisieren.

Die Behandlung Kaliningrads (Königsbergs), das im Falle der Aufnahme Litauens in die EU zu einer russischen Enklave innerhalb des EU-Territoriums werden wird, hat im Jahr 2002 in den Gesprächen zwischen Russland und der EU eine erhebliche Rolle gespielt. Die Standpunkte der beiden Seiten unterscheiden sich deutlich: Während die russische Regierung auf einen visafreien Zugang in die Region besteht, sind die EU-Vertreter zwar bereit, über Erleichterungen zu sprechen, wollen aber aus Sicherheitsgründen von einer Visaregelung nicht abgehen.

Lyndelle D. *Fairlie* von der San Diego State University of California und Alexander *Sergounin* von der Universität Nishnij Nowgorod haben sich dieses Themas angenommen. *Fairlie* zeichnet in ihrem Teil der Studie die Probleme nach und warnt davor, das Konfliktpotenzial zu unterschätzen und die Ausarbeitung von Lösungen zu verschleppen. *Sergounin* zeigt seinerseits den Wandel im russischen Sicherheitsdenken auf, das Kaliningrad heute nicht mehr allein als russisches Problem versteht; er weist zutreffend darauf hin, dass subregionale Kooperation ein wichtiger Sicherheitsfaktor im künftigen Europa sein wird. Auch wenn die beiden Autoren keine wirklichen Lösungsvorschläge formulieren, so geben sie aus zwei unterschiedlichen Perspektiven eine klare Vorstellung vom Ausmaß

der Schwierigkeiten, die in nächster Zeit bewältigt werden müssen.

Das Problem Kaliningrad wird auch in einem Sammelband thematisiert, den Helmut *Hubel* herausgegeben hat. Allerdings wird es hier in einem erheblich breiteren Kontext thematisiert, da der Band die Ergebnisse eines Forschungsprojekts präsentiert, das sich mit der EU, den baltischen Staaten und Russland auseinandersetzt. In fünf großen Blöcken untersuchen die beteiligten Autoren die Rolle der EU im Ostsee-Raum. Zunächst entwerfen sie einen Analyserahmen, stellen dann die Entwicklung der EU-Ostpolitik in den neunziger Jahren vor und untersuchen schließlich die Haltung einzelner Mitgliedsländer zu den EU-Erweiterungsstrategien in der Ostsee-Region. Der vierte Block nimmt die Situation in den Anrainerstaaten außerhalb der EU – Litauen, Lettland, Estland, Polen und Russland – in den Blick, der fünfte Abschnitt thematisiert die Zukunft der Subregion Ostsee-Raum und konzentriert sich insbesondere auf die Beziehungen zwischen Russland und den baltischen Staaten.

Auch der Sammelband, den das Forschungszentrum der Slowakischen Gesellschaft für Auswärtige Politik und die ukrainische Stiftung für strategische Studien ediert haben, setzt sich mit der Situation in einer Subregion auseinander – mit der karpatischen Euroregion, in der sich die Staatsgebiete von Polen, der Slowakei, Ungarns, Rumäniens und der Ukraine berühren. Die Probleme dieses Raumes mit seiner komplexen Nationalitätenstruktur werden in der EU-

Öffentlichkeit kaum wahrgenommen; dennoch werden sie in Zukunft Gegenstand der EU-Struktur- und Außenpolitik sein müssen, denn die „Schengen“-Grenze wird nach der Osterweiterung nicht nur Kaliningrad vom restlichen russischen Staatsgebiet abschneiden, sie wird auch die Karpaten-Region zerteilen. Der vorliegende Band dokumentiert die Ergebnisse eines Workshops, auf dem Wissenschaftler und Politiker aller betroffenen Länder Minderheitenfragen, Möglichkeiten grenzüberschreitender Wirtschaftskooperation und eine Verbesserung der Sicherheit in diesem Raum diskutierten. Der Band verdient insbesondere deshalb Aufmerksamkeit, weil er den Blick auf eine Region richtet, die sonst kaum öffentliche Beachtung findet.

Aus einer anderen Perspektive beleuchtet ein Sammelband, den Andreas *Heinemann-Grüder* herausgegeben hat, die Folgen der EU-Erweiterung. Dessen Autoren interessiert vor allem die Perspektive des europäischen Föderalismus. Eine Erweiterung, die der Europäischen Union neue Mitglieder zuführt, stellt nicht nur an die Beitrittsländer große Anforderungen, auch die innere Struktur der Union selbst muss an die neue Realität angepasst werden. Dabei geht es nicht allein um Effizienz der Entscheidungsfindung, es geht auch um eine höhere Qualität von Politik, um die Synthese unterschiedlicher nationaler Identitäten im Rahmen eines föderalen Selbstverständnisses und um die Stärkung demokratischer Potenziale auf transnationaler Ebene. Der Band geht diese Fragen in großer Breite an,

indem er nicht nur die Entwicklung des politischen Systems der Europäischen Union selbst analysiert, sondern die Erfahrungen föderaler Systeme im 20. Jahrhundert in die Betrachtung einbezieht.

Daher gliedern sich die Beiträge in drei große Abschnitte. Der erste behandelt die strukturellen und demokratie-politischen Implikationen des europäischen Föderalismus, der zweite untersucht gescheiterte föderale Systeme des 20. Jahrhunderts, um daraus Lehren für eine künftige Europäische Föderation zu ziehen, und der dritte thematisiert die Spannungen, die sich aus dem Gegensatz zwischen der Renationalisierung der letzten Jahre und der notwendigen Einbindung der Staaten in eine transnationale Organisation ergeben.

Indem der Band so ein Panorama der verschiedenartigen föderalen Entwicklungen in Europa entwirft – die Fälle Vereinigte Staaten und Kanada bleiben außer Betracht – und die Chancen und die Probleme erörtert, die ihnen innewohnen, skizziert er den historischen Kontext, der bei der Fortentwicklung des politischen Systems der Europäischen Union mitbedacht werden muss, und der in ihren einzelnen Mitgliedstaaten durchaus unterschiedlich wahrgenommen wird.

Der Band, der vordergründig lediglich beansprucht, die Entwicklung von Institutionen zu erörtern, wird so zu einem Plädoyer dafür, den notwendigen Ausbau Europas „politisch“ zu verstehen und die Lehren, die aus der europäischen Geschichte zu ziehen sind, ernst zu nehmen.